

Antrag 186/I/2024**KDV Neukölln****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Für eine Analyse jenseits der 80er und wirkliche Unterstützung: Sexarbeit und Prostitution in Deutschland**

1 Es wird viel über die Themen Sexarbeit und Prostitution
2 diskutiert. Die Diskussion ist häufig aufgeladen und hat
3 gesellschaftliche und politische Implikationen. Gleichzei-
4 tig wissen wir relativ wenig über das Feld, über das ge-
5 sprochen wird. Alleine zur Zusammensetzung von Sexar-
6 beiter*innen und Menschen in der Prostitution ist sehr
7 wenig bekannt. Noch heute werden in der Debatte Schät-
8 zungen zur Anzahl von Sexarbeiter*innen aus den 1980er
9 Jahren verwendet, die nie wissenschaftlich belegt wer-
10 den konnten. Neuere, seriöse Hochrechnungen existieren
11 nicht. Das liegt auf der einen Seite am schwierigen Zu-
12 gang zum Feld (sowohl auf Seiten der Forschenden, als
13 auch auf Seiten der Akteur*innen in der Sexarbeit) und auf
14 der anderen Seite an der fehlenden Finanzierung groß-
15 angelegter Studien. Unterstützungsbedarfe Was wir al-
16 lerdings aus den Beratungsstellen wissen ist, dass Sexar-
17 beiter*innen und Menschen in der Prostitution eine Viel-
18 zahl von Hürden und komplexer Herausforderungen be-
19 gegnen können. Das betrifft beispielsweise die Bereiche
20 Gesundheitsversorgung, Steuern und Finanzen, Wohnen
21 und Aufenthaltsrecht. Um echte Unterstützung in die-
22 sen und weiteren Fragen bieten zu können, ist der Auf-
23 bau von Vertrauen und eine zuverlässige Struktur uner-
24 lässlich. Es gibt einzelne (teils auf Zeit geförderte) Projek-
25 te, die diese wichtige Arbeit angehen. Aber nicht in je-
26 dem Bundesland gibt es etablierte Fachberatungsstellen,
27 die als Anlaufpunkt bekannt sind und im Zweifelsfall an
28 die passenden Projekte oder Stellen verweisen können.
29 Ohne diese fest verankerten Anlaufpunkte, ist es schwie-
30 rig, einen vertrauensvollen Kontakt herzustellen. Insbe-
31 sondere der Umstieg in berufliche Alternativen, sollte die-
32 ser durch Sexarbeiter*innen gewünscht sein, braucht Zeit
33 und kann viel Frustration mit sich bringen. Aber auch an-
34 dere Unterstützungsprozesse bauen auf einer langfristi-
35 gen Zusammenarbeit und einem funktionierenden Zu-
36 gang der Beratungsstellen ins Feld auf. Weitere Gründe für
37 die Schwierigkeiten für Sexarbeiter*innen und Menschen
38 in der Prostitution liegen im Kontakt mit Behörden. Hier
39 können ihnen Unwissen über Ausgangslagen und Bedar-
40 fe sowie Stigmatisierung begegnen. Ansprechpersonen,
41 die Klient*innen ernst nehmen, auf ihre Bedarfe eingehen
42 und ihnen ein Gefühl von Sicherheit vermitteln, sind aber
43 unerlässlich für eine erfolgreiche Zusammenarbeit.

44

45 Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Bun-
46 destages auf, sich für folgende Punkte einzusetzen:

47

- 48 • Finanzierung einer umfassend ausgestatteten wis-
49 senschaftlichen Dunkefeldstudie. Diese ist notwen-
50 dig für eine gesellschaftspolitische Debatte, die sich
51 an Tatsachen und der Lebensrealität von Sexarbei-
52 ter*innen und Menschen in der Prostitution ori-
53 entiert und die eine konstruktive Haltung zu dem
54 Feld ermöglicht. Betrachtet werden sollen unter An-
55 derem: die Größe und Zusammensetzung des Fel-
56 des „sexuelle Dienstleistungen“, die Lebensrealitä-
57 ten von Sexarbeiter*innen und Menschen in der Pro-
58 stitution, Hürden im Umgang mit Behörden und
59 beim Umstieg sowie das Nachfrageverhalten von
60 Sexkäufer*innen.
- 61 • den Aufbau von fest verankerten Fachberatungs-
62 stellen in den Bundesländern. Diese müssen gut mit
63 den Behörden vernetzt sein und brauchen feste An-
64 sprechpersonen beispielsweise in den JobCentern,
65 sodass Fachwissen weitergegeben und Klient*innen
66 zuverlässig vermittelt werden können, ohne Angst
67 zu haben, auf Unverständnis oder weitere Stig-
68 matisierung zu stoßen. Schulungsangebote durch
69 die Fachberatungsstellen für Behördenmitarbeitende
70 sollen zusätzlich Barrieren abbauen.

71

72 **Zwang**

73 Neben der selbstbestimmten Sexarbeit, gibt es auch Men-
74 schen die nicht freiwillig in der Prostitution sind. Zwangs-
75 prostitution beinhaltet sowohl Fälle in denen Menschen
76 durch Abhängigkeitsbeziehungen und/oder Gewalt zur
77 Prostitution gebracht werden, als auch solche Fälle in de-
78 nen Betroffene zunächst mit dem Anbieten von sexuel-
79 len Dienstleistungen einverstanden waren, aber über die
80 Umstände der Arbeit getäuscht wurden. Über die Hälfte
81 der Ermittlungsverfahren im Bereich der Zwangsprostitu-
82 tion wird durch polizeiliche Kontrollen eingeleitet, die un-
83 abhängig von der Meldung durch Betroffene stattfinden.
84 Täter nutzen die vulnerable Lage Betroffener aus, um sie
85 in dem Zwangsverhältnis zu halten. Dabei spielen auch
86 aufenthaltsrechtliche Illegalisierung und Sprachbarrieren
87 eine Rolle. Betroffene, die sich in Abhängigkeitsbeziehun-
88 gen zu den Tätern befinden und verschiedenen Formen
89 von Gewalt ausgesetzt sind, brauchen ein funktionieren-
90 des Auffangnetz und zuverlässige Hilfe. Neben den Unter-
91 stützungsstrukturen für Sexarbeiter*innen fordern wir im
92 Bereich Zwangsprostitution

- 93 • mehrsprachige Informationskampagnen zum Er-
94 kennen von Zwangsprostitution, zu Ausstiegswe-
95 gen und zu konkreten Handlungsmöglichkeiten und
96 Hilfsangeboten.
- 97 • niedrigschwellige Beratungs- und Therapieangebo-
98 te für Betroffene, um das Erlebte aufzuarbeiten und
99 bei dem Ausstieg aus dem Zwangsverhältnis beglei-
100 tet zu werden.

- 101 • einen wirklichen Schutz der Betroffenen durch Poli-
102 ze und Rechtspflege. Es muss bedarfsgerechte Zeu-
103 genschutzprogramme für Opfer geben, die gegen
104 ihre Zuhälter und Menschenhändler aussagen. Dar-
105 über hinaus müssen illegalisierte Betroffene, wie
106 im aktuellen Koalitionsvertrag vorgesehen, unab-
107 hängig von ihrer Aussagebereitschaft einen siche-
108 ren Aufenthaltsstatus bekommen
109